Amtliche Bekanntmachung

Inkrafttreten der 6. Flächennutzungsplanänderung Steinheim in den Weilern Gnannenweiler, Neuselhalden, Irmannsweiler und Dudelhof sowie für den Bereich Sondergebiet Himmelstoß

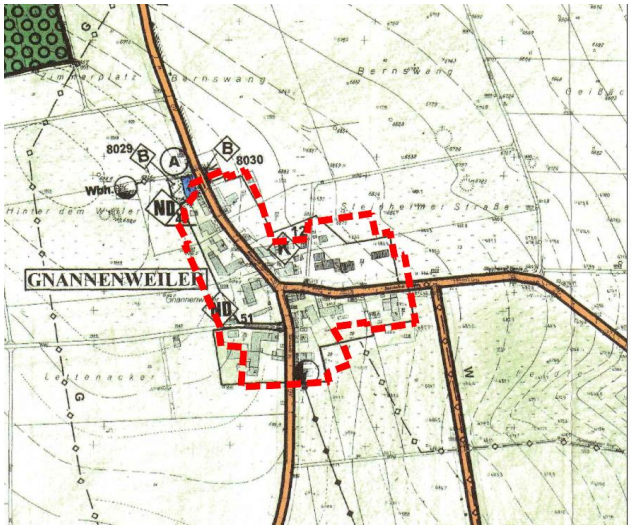
Die 6. Flächennutzungsplanänderung Steinheim in den Weilern Gnannenweiler, Neuselhalden, Irmannsweiler und Dudelhof sowie für den Bereich Sondergebiet Himmelstoß wurde vom Gemeinderat am 20.09.2022 festgestellt und vom Landratsamt Heidenheim am 09.02.2023 genehmigt.

Maßgebend sind die Lagepläne der G+H Ingenieurteam GmbH, Giengen vom 28.06.2022/20.09.2022 im Maßstab 1:5.000. Es gelten die Begründung mit Umweltbericht vom 20.09.2022 und die zusammenfassende Erklärung.

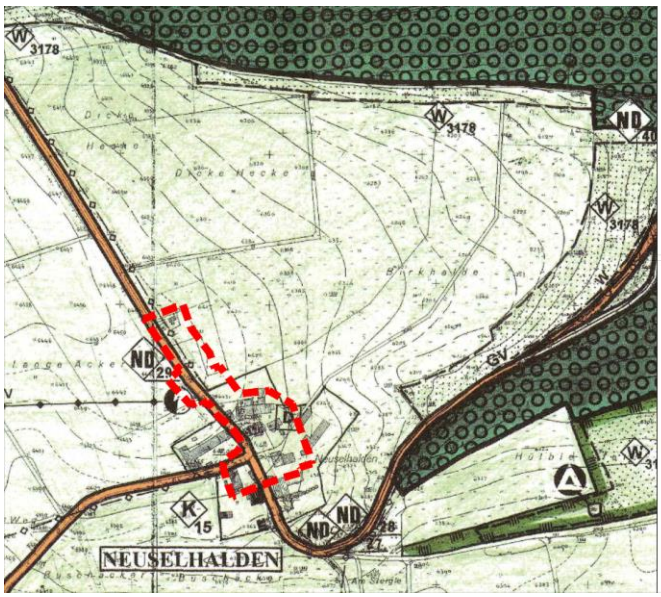
<u>Plangebiet:</u>

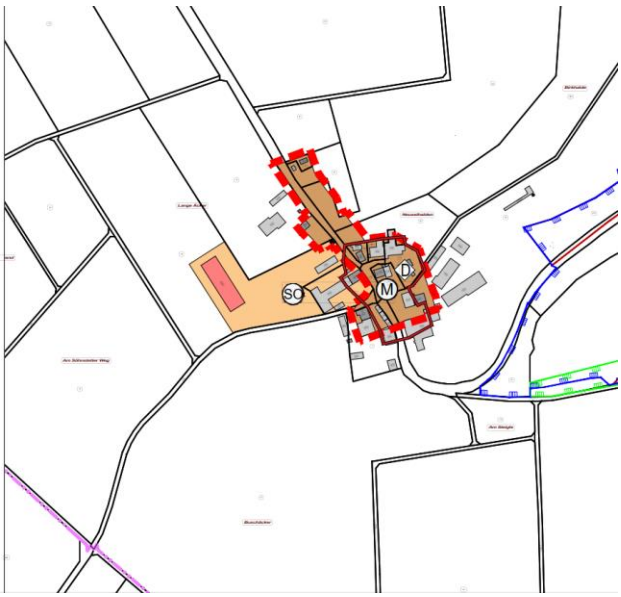
Die Plangebiete umfassen die bebauten Bereiche der Weiler Gnannenweiler, Neuselhalden, Irmannsweiler und Dudelhof sowie für den Bereich Sondergebiet Himmelstoß. Maßgebend sind die beiliegenden Planausschnitte (nicht maßstabsgerecht).

Gnannenweiler

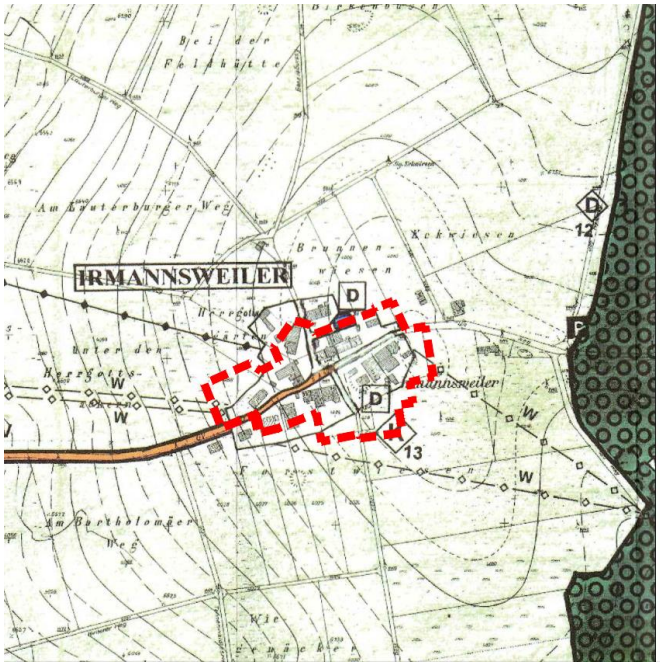


Neuselhalden

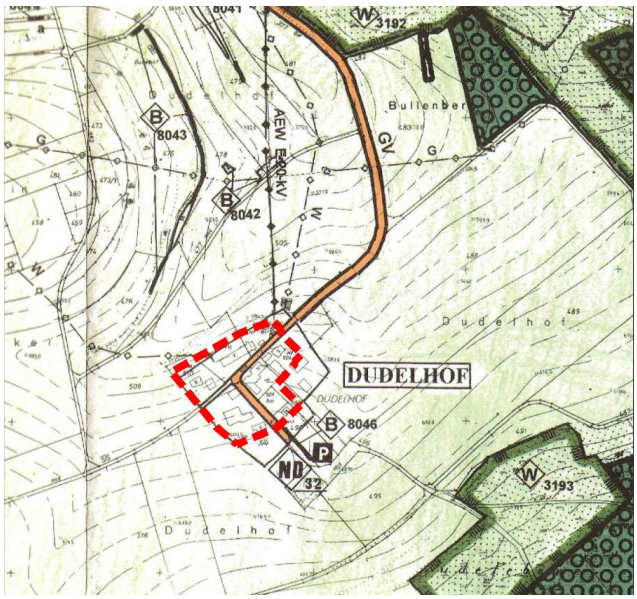




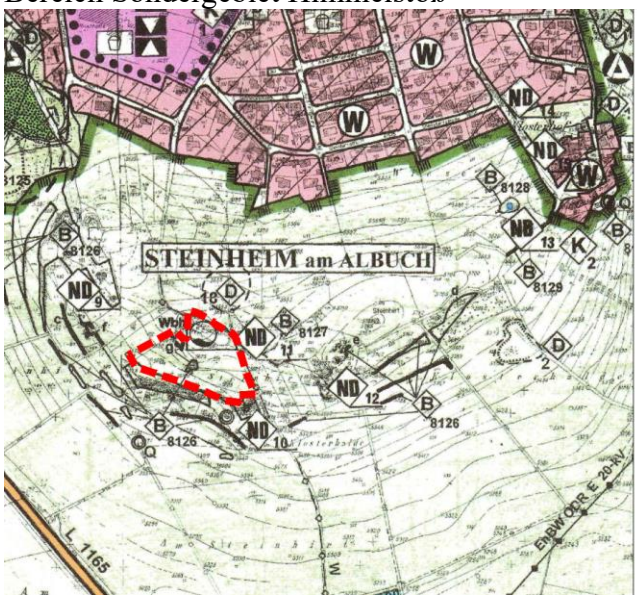
Irmannsweiler

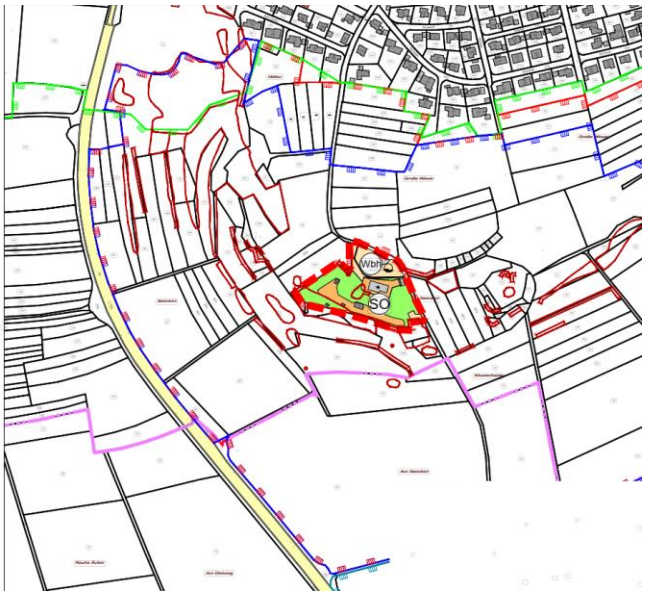


Dudelhof



Bereich Sondergebiet Himmelstoß





<u>Planinhalt:</u>
Der Flächennutzungsplan wird geändert, um die tatsächliche Situation vor Ort darzustellen und um konkrete Bauwünsche zu ermöglichen.

Die 6. Flächennutzungsplanänderung Steinheim in den Weilern Gnannenweiler, Neuselhalden, Irmannsweiler und Dudelhof sowie für den Bereich Sondergebiet Himmelstoß wird mit dieser Bekanntmachung wirksam (§ 6 Abs. 5 BauGB).

Die genannten Unterlagen liegen ab dem Tag dieser Bekanntmachung im Bauamt, Hauptstr. 24, 89555 Steinheim am Albuch, während der Dienstzeiten zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Des Weiteren sind die Unterlagen auf der Internetseite der Gemeinde Steinheim am Albuch, **www.steinheim.com**, eingestellt.

Gesetzliche Wirksamkeitsvoraussetzungen:
Unbeachtlich werden gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1 bis 3

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Nach § 4 Abs. 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg gilt der Flächennutzungsplan - sofern er unter der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung oder aufgrund der Gemeindeordnung ergangenen Bestimmungen zustande gekommen ist - ein Jahr nach dieser Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.
Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes verletzt worden sind,

2. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 Gemeindeordnung wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat oder wenn innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung von Verfahrens und Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich oder elektronisch geltend gemacht worden ist.
   Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Steinheim am Albuch, den 23.02.2023
Holger Weise
Bürgermeister